



Samstag, 11. Juni 2011  
Nr. 46 / 84. Jahrgang  
Fr. 5.- | € 4.- (im Ausland)

redaktion@fuw.ch | verlag@fuw.ch  
abo-zeitungen@tamedia.ch  
AZ 8021 Zürich, Telefon 044 298 35 35  
Abo-Service 044 404 65 55  
Fax Redaktion 044 298 35 50  
Fax Verlag 044 298 35 00  
Fax Abo-Service 044 404 69 24  
www.fuw.ch

# FINANZ und WIRTSCHAFT

Heute mit Magazin «LUXE»

## «Zu viele Interessen»

KONRAD HUMMLER  
Privatbankier

Der scheidende Präsident der Privatbankier-Vereinigung plädiert für die Definierung übergeordneter Ziele.

□ Herr Hummler, Sie appellierten in Ihrer Abschiedsansprache an die Privatbankiers, ihre Scharnierfunktion zwischen Anlegern und Wirtschaft wahrzunehmen, sei essenziell. Was braucht es dazu?

Alle Akteure am Finanzplatz Schweiz verfolgen Einzelinteressen. Als jüngstes Beispiel ist in diesem Kontext die Schweizer Börse zu erwähnen, die sich von der Eurex trennt. Das mag unternehmerisch richtig sein, und es ist nicht an mir, den Verkauf in Frage zu stellen, zumal ich im Aufsichtsrat der Deutschen Börse sitze. Aber es zeigt, dass die Partikularinteressen einzelner Akteure noch keine Strategie sind und nicht zwangsläufig den strategischen Interessen des Finanzplatzes Schweiz entsprechen. Daher ist es wichtig, dass die übergeordneten Ziele definiert werden.

□ Braucht es dafür neue Strukturen?

Durch die Finanzkrise wurde die Gemeinsamkeit der Ziele in Frage gestellt. Es wurde deutlich, dass es in der Bankenbranche zweierlei Akteure gibt. Solche mit implizierter Staatsgarantie, und die anderen. Deshalb ist die Verfolgung einer gemeinsamen Strategie nicht selbstverständlich. Es braucht nicht neue Strukturen, aber Metaziele, die auf einer Metaebene definiert werden.

□ Sie nahmen sich in Ihrer Abschiedsansprache auch auf kritische Art und Weise der Verrechnungssteuer an.

Es hat mich gestört, dass klammheimlich und im Seitenwagen der Too-big-to-fail-Vorlage die Verrechnungssteuer in eine Zahlstellensteuer umgewandelt werden sollte. Das ist schlechte Politik. Man kann zwar über einen Systemwechsel diskutieren. Aber das muss in einem ordentlichen Verfahren geschehen.

□ Sie kritisieren, der Staat nutze die Krise, um längst gehegte Reformprojekte zu realisieren. Wo sehen Sie Gefahren?

Die Finanzministerin und der Präsident der Finanzdirektorenkonferenz deuteten an, die Unterscheidung zwischen Steuerhinterziehung und Steuerbetrug solle hinterfragt werden. Damit würde das Bankkundengeheimnis auch im Inland tangiert. Auch das lässt sich diskutieren. Aber man darf sich später nicht wundern, wenn das Folgen, zum Beispiel für die Verrechnungssteuer, hat.

□ Was erwarten Sie von der Beratung der Too-big-to-fail-Vorlage im Nationalrat?

Persönlich plädierte ich in der Vorbereitung dafür, die systemrelevanten Ele-

FORTSETZUNG AUF SEITE 14

## Abgeltungs-Milliarden

Das Ergebnis der Verhandlungen über die Abgeltungssteuer zwischen der Schweiz und Deutschland soll noch vor der Sommerpause bekanntwerden. Diese plötzliche Eile erstaunt. **TEODORO D. COCCA**

Aus deutscher Sicht dürften verschiedene Aspekte zur Eile mahnen. Die Aussicht auf einen einmaligen massiven Mehrertrag für den deutschen Fiskus (in Höhe von bis zu einem Viertel der jährlichen Steuereinkünfte) stellt einen gewissen Ansporn dar – besonders zur Beschäftigung der arg strapazierten EU-Nettozahler-Seele. Zudem könnte in Deutschland das innenpolitische Zeitfenster für die Ankündigung einer Steueramnestie beschränkt sein: Anstehende Wahlen zwingen zu einer Lösung vor der Sommerpause.

Für die Schweiz ist wohl der Umstand, dass die deutsche Seite in ihrer Erklärung vom 27. Oktober 2010 die Abgeltungssteuer als äquivalente Lösung zum direkten Informationsaustausch anerkennt, der entscheidende Punkt für den Durchbruch. Das deutsche Zugeständnis will man auf jeden Fall nutzen, bevor Berlin es sich anders überlegt. Beide Seiten haben es also auf gewisse Weise eilig.

### Drei Optionen für Kunden

Die Besteuerung der Altbestände bleibt die zentrale Frage der Gesamtlösung. Ausgehend von der deutschen Abgeltungssteuer von 26,375% kommt man bei einem durchschnittlichen Vermögensertrag von 3% für die letzten zehn Jahre inklusive Zinseszins auf einen Gesamtsteuersatz von ca. 10%. Hinzu kommen eine Strafsteuer (Hinterziehungszinsen) und die Berücksichtigung von Verzugszinsen, so dass letztlich ein Niveau von 15 bis 20% resultieren könnte. Damit wäre wohl auch sichergestellt, dass die unter fiskalischen Gesichtspunkten für Deutschland sehr erfolgreichen Selbstanzeigen nicht unterlaufen werden. Die Option der anonymen Besteuerung wird mit einer Prämie zu bezahlen sein. Der Spielraum für Deutschland ist da nicht sehr gross. Mit Rücksicht auf das innenpolitische Gerechtigkeitsempfinden wird Berlin diejenigen, die sich nicht gesetzestreu verhalten haben, nicht besserstellen wollen als die, die ihre Steuern stets ehrlich bezahlt haben.

Die Schweizer Banken werden ihren deutschen Kunden drei Optionen anbieten. Erstens, der Kunde erbringt den Nachweis, dass er mit dem deutschen Fiskus im Reinen ist. Welche Dokumente dafür notwendig sein werden, ist eine heikle technische Frage, auf deren Beantwortung die Branche mit Spannung wartet. Zweitens, der Kunde optiert für die Zahlung der Abgeltungssteuer. Wenn jemand weder das eine noch das andere will, kann er drittens die Kontobeziehung beenden. Daraus leitet sich die wohl schwierigste Frage in der praktischen Anwendung des Abkommens ab: Wie können deutsche Kunden vor Inkrafttreten der neuen Regelung daran ge-

hindert werden, ihre Konten in der Schweiz zu saldieren und anderswo hinzugehen?

Ohne Zweifel hegen Kunden heute solche Absichten. Die Finma hat klar signalisiert, dass Banken, die solche Transfers zulassen, dafür haftbar gemacht werden können. Dem Vernehmen nach untersagen zurzeit zumindest einige Institute dem Kunden den Transfer in eine andere Jurisdiktion – eine rechtlich ziemlich heikle Gratwanderung. Singapur hat den



Gefährlich erscheint aus Schweizer Sicht das erwartete Zugeständnis einer erleichterten Amtshilfe.

TEODORO D. COCCA

eigenen Banken klar mitgeteilt, dass man kein Interesse an nicht deklarierten Geldern aus dem Alten Kontinent hat. Man will das sprudelnde Asiengeschäft nicht für solche Lappalien aufs Spiel setzen.

Angeblieh soll dieser konkreten Abwanderungsgefahr nun so begegnet werden, dass die Schweizer Banken eine Garantieleistung über eine Mindestsumme abgeben, mit der der deutsche Fiskus rechnen kann. Was an dieser Lösung nicht ganz gefällt, ist das Präjudiz, dass Banken in irgendeiner Form für die Steuerschuld der Kunden garantieren.

Das beste Mittel gegen Ausweichmanöver deutscher Kunden oder Schweizer Banker liegt in der Attraktivität der Abgeltungssteuerlösung selbst. Da die Abgeltungssteuer nichts anderes als eine Steueramnestie ist, mit der Besonderheit, dass die Schweiz die Bedingungen für die deutschen Kunden aushandelt und sie nicht wie üblich unilateral verordnet werden (eine Art Reverse Tax Amnesty), entscheidet sich ihr Erfolg – wie immer bei Amnestien – an der Attraktivität der Parameter und der Glaubwürdigkeit des Amnestiegebers. Eine Amnestie muss aus staatspolitischen Gründen stets mit einem Wahlrecht für die Betroffenen verbunden sein.

Einer baldigen Einigung sollte auf jeden Fall mit Vorsicht begegnet werden, denn es lauert schon einige Gefahren am Horizont. Die Frage der Verfassungskonformität wird sich in Deutschland genauso stellen wie die stets für Überraschungen gute innenpolitische Kontroverse, die folgen wird. Ein Problem, das die Deutschen mit ihren europäischen Kollegen auf jeden Fall zu klären haben werden, ist der Einfluss der Abgeltungssteuerlösung auf die aktuelle wie die zukünftig erweiterte Zinsbesteuerungsrichtlinie. Klar ist, dass die Abgeltungssteuer auch andere Einkünfte erfasst als die EU-Zinsbesteuerung, so Di-

videnden und Veräusserungsgewinne. Bilaterale Abmachungen über eine Abgeltungssteuer sind grundsätzlich möglich, dürfen aber bei der Quellenbesteuerung von Zinserträgen in der Schweiz nicht unter die Steuersätze des bestehenden Zinsbesteuerungsabkommens gehen.

Aus EU-Sicht wird das bilaterale Vorpreschen der Deutschen, zumindest vorderhand, ungern gesehen. Besonders Italiens Finanzminister zeigt sich von

hartnäckig ideologischer Seite. Den Verlockungen von milliarden schweren Steuererleichterungen sollten Finanzminister aber nicht lange widerstehen können.

Gefährlich erscheint aus Schweizer Sicht das erwartete Zugeständnis einer erleichterten Amtshilfe. Wenn der ersuchende Staat nur den Kundennamen, nicht aber zwingend den Namen der Bank angeben muss, ist der Schritt zur Zulassung von Fishing Expeditions nicht mehr fern. Berücksichtigt man zudem, dass in den neuen Doppelbesteuerungsabkommen die Schweiz gemäss OECD-Standards in gewissen Fällen Amtshilfe selbst ohne Angabe des Kundennamens leisten muss, ist die Richtung vorgezeichnet.

### Was unverzichtbar ist

Weil die deutsch-schweizerische Lösung Vorbildwirkung hat – nicht zuletzt für eine Abgeltungssteuerlösung mit anderen EU-Staaten, vielleicht sogar der gesamten EU und in fernerer Zukunft auch mit den USA –, ist es immens wichtig, dass die Schweiz neben den eigenen monetären Zugeständnissen auch ihre eigenen Forderungen durchsetzt: Verbot der Verwertung gestohlener steuerrelevanter Daten, Straffreiheit für Bankmitarbeiter, Marktzugang.

Daran wird das Verhandlungsergebnis zu messen sein. Falls diese Forderungen vor der Sommerpause nicht durchzusetzen sind, wäre ein Hinauszögern der Verhandlungen einem schnellen Kompromiss vorzuziehen. Es steht viel auf dem Spiel: Jedes Detail der Verhandlungslösung hat potenziell milliarden schwere Konsequenzen für den Finanzplatz.

Teodoro D. Cocca, ordentlicher Professor für Asset Management an der Johannes-Kepler-Universität Linz und Adjunct Professor am Swiss Finance Institute.

## Gewinnrevisionen



UBS/CS bleiben anfällig für Kursverluste. Ertragstreiber gibt es keine. Im Ständerat wird ab Dienstag über Too big to fail debattiert. **SEITE 15**

## Sulzer sucht CEO

Ton Büncher, der erfolgreiche CEO des Industriekonzerns Sulzer, wechselt an die Spitze von Akzo Nobel. Das hat der

Börse am Freitag missfallen, obwohl das Unternehmen nicht in einer kritischen Phase steckt. **SEITE 2**

Akzo Nobel ist in Form. **SEITE 13**

## Beliebte EmMa

Peter Oppenheimer von Goldman Sachs bevorzugt für Aktienanlagen Russland und China – aber auch Titel von Grossbanken! **SEITE 25**

## Umschuldung?

Deutschland fordert die Beteiligung privater Gläubiger am nächsten Finanzierungspaket für Hellas. Die EZB lehnt das klar ab. **SEITEN 6, 26**

## Derivatmarkt

OTC-Derivate werden bis Ende 2012 auf Clearinghäuser verlagert. Die Margin-Anforderungen nehmen deutlich zu. **SEITE 39**

## Geld und Brief

Nestlé Seite 3

## Praktikus

Am Konzept festhalten Seite 13

## Magazin «Luxe»



Dieser FuW liegt die Sommerausgabe von «Luxe» bei. Es ist den Themen Kunst und Design gewidmet. Vorge stellt werden die schönsten Schweizer Hotels mit Seesicht und passend dazu Hightech-Segelboote und Mahagoni-Jachten.

Anzeigen

Wer kann dem Alter schon ein Schnippchen schlagen  
www.bbbiotech.com  
BB Biotech  
Bellevue Investments

Picard | Angst  
Strukturierte Produkte  
Service | Qualität | Unabhängigkeit  
Picard Angst Structured Products AG  
Bahnhofstrasse 13-15, CH-8808 Pfäffikon SZ  
+41 (0)55 290 55 55 | www.picardangst.ch

Wegweisend mit Trend Allocation  
HELVETIC TRUST  
Family Office & Vermögensverwaltung  
www.helvetic-trust.ch  
Zürich Bern Lausanne London

«Ich bin nicht Kunde bei Wegelin & Co., weil ich lieber in meinem Geld schwimmen gehe.»  
Dagobert Duck  
WEGELIN & CO.  
PRIVATBANKIERS SEIT 1741  
Für alle, die ihr Geld lieber anlegen: www.wegelin.ch